

# Nachrichten aus Brüssel

## EU-Kommission: Arbeitsprogramm 2008

Das Arbeitsprogramm 2008 der EU-Kommission umfasst zahlreiche Aktivitäten im Gesundheitsbereich. Schwerpunktthema wird eine Initiative zur Patientensicherheit und zur Qualität von Gesundheitsdienstleistungen sein. Dabei soll das Vertrauen der EU-Bürger in die Sicherheit der Gesundheitssysteme im eigenen Land und in den anderen Mitgliedsstaaten gestärkt werden. Konkret will die EU-Kommission ein Grünbuch über Gesundheitsberufe in Europa und eine Richtlinie zur Qualität und Sicherheit von Organspenden und -transplantationen vorlegen. Im Bereich Arzneimittel soll es eine Mitteilung über die Zukunft des Binnenmarktes für Humanarzneimittel geben und eine Richtlinie über Arzneimittelinformationen für Patienten. Ein weiterer Schwerpunkt sollen seltene Krankheiten sein. Die Kommission will mit einer Mitteilung Initiativen starten, die dafür sorgen, dass Patienten besser über seltene Krankheiten informiert und angemessen versorgt werden. Ferner soll eine Mitteilung zu Telemedizin und zu anderen innovativen Technologien für die Behandlung chronisch Kranker kommen.

## Gesundheit und Migration

Die EU-Gesundheitsminister hatten im Dezember 2007 das Thema „Gesundheit und Migration“ intensiv diskutiert und festgehalten, dass die Arbeits- und Sozialgesetzgebung stärker die Gesundheit von Migranten berücksichtigen muss. Insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wird ein umfassender Zugang zu medizinischer Versorgung gefordert. Migranten haben eine hohe Inzidenz gefährlicher, übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose und HIV/AIDS. Bei der Krankheitsentstehung spielen soziale Faktoren einschließlich Wohn- und Arbeitsbedingungen, mangelnde Integration, kulturelle und sprachliche Hindernisse, aber auch Menschenhandel und Prostitution eine große Rolle. Auch zum Schutz der eigenen EU-Bevölkerung müsse für illegale Immigranten der Zugang zur Gesundheitsversorgung sichergestellt werden.

## Slowenische Ratspräsidentschaft

Slowenien hat zum 1. Januar 2008 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union von Portugal für sechs Monate übernommen und will im Bereich Gesundheit der Gesundheitsversorgung einer älter werdenden Gesellschaft gerecht werden und die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten verbessern. Im Mittelpunkt steht die Bekämpfung von Krebs. Bei einem informellen Ratstreffen der Gesundheitsminister am 21. Februar 2008 wird eine politische Einigung zum Richtlinienvorschlag zum Schutz der Arbeitnehmer vor elektromagnetischen Feldern angestrebt. Beim Gesundheitsministerrat am 19. Juni 2008 soll dann die Gesundheitsdienstleistungsrichtlinie diskutiert werden. Im Bereich Lebensmittel soll das Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, ein Verordnungsvorschlag über Enzyme und eine Verordnung über Aromen und andere Lebensmittelzusatzstoffe angenommen werden. Eine Einigung über eine allgemeine Lebensmittelkennzeichnungsverordnung ist möglich.

## EuGH: Knoblauch nicht immer Arzneimittel

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einer Klage der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland entschieden, dass Deutschland seine Verpflichtungen aus dem EG-Vertrag im Hinblick auf den freien Warenverkehr verletzt hat, indem es für in Kapseln abgefüllten Knoblauch eine Verkehrsgenehmigung als Arzneimittel einfordert. Kapseln mit Knoblauchextrakt-Pulver seien kein Arzneimittel. Das Erfordernis, für in Kapseln abgefüllten Knoblauch eine Verkehrsgenehmigung als Arzneimittel einzuholen, sei ein Hindernis für den freien Warenverkehr, das nicht aus Gründen des Gesundheitsschutzes gerechtfertigt sei.

Dr. Markus Schick

Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union